



Chaospolitik der Ampel-Koalition

Nach monatelangem Streit in der Ampel-Koalition bleiben die Ankündigungen der Bundesregierung vage, unkonkret und widersprüchlich. Die zentrale Frage der Kapazitätsausweitungen bei der Stromproduktion bleibt vollkommen unbeantwortet und ist weiter ungelöst. Die Bundesregierung trifft keine Entscheidung zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, keine Entscheidung zum Stopp der Gasumlage und keine Klarheit bei der Dämpfung der Energiekosten.

Beim Strompreis wird weder die Höhe noch der Zeitpunkt der Entlastung genannt. Eine Nachfolgeregelung zum 9-Euro-Ticket wird nicht entschieden. Wie sich die angeblichen 65 Mrd. Euro des angekündigten Entlastungspaketes zusammensetzen, bleibt vollkommen intransparent. Unionsfraktionschef Friedrich Merz zweifelt an der Kompetenz der Ampel-Koalition, Deutschland sicher durch die Krise zu steuern. Wie in der Ukraine-Politik fehle der Regierung in der Wirtschaftspolitik „jeglicher Kompass, jede Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken“, sagte Merz in der Generalaussprache zum Haushalt 2023.

Für die Wirtschaft spitze sich angesichts hoher Energiepreise, gerissener Lieferketten und enormer Inflation die Lage möglicherweise dramatisch zu, warnte Merz: „Wenn Sie dafür sorgen wollen, dass die Preise runtergehen, dann muss man auf der Angebotsseite alles dafür tun, damit genug Strom, genügend Energie in diesem Land verfügbar ist.“

Mit der Entscheidung von Wirtschaftsminister Robert Habeck, nur zwei der drei Kernkraftwerke bis April in Reserve zu halten, ist laut Merz ein „Niveau an Irrationalität erreicht, das kann man nicht mehr beschreiben“. Diese Kernkraftwerke seien die modernsten und sichersten auf der Welt und könnten zehn Millionen Haushalte mit Strom versorgen, betonte der Fraktionschef. Wie ratlos Habeck in wirtschaftlichen Zusammenhängen sei, habe man im deutschen Fernsehen beobachten können.

Die von der Bundesregierung mit der Gaspreisanpassungsverordnung verabschiedete sogenannte Gasbeschaffungsumlage ist zur Chaosumlage geworden. Die Konzipierung durch die Ampel-Regierung weist schwere Mängel auf: Sie ist intransparent, wird mit der Mehrwertsteuer belegt, unterstützt auch solvente Unternehmen und ist zudem handwerklich schlecht gemacht. Aus guten Gründen haben wir die gesetzliche Grundlage im Energiesicherungsgesetz abgelehnt.

Alle unsere Bedenken und Hinweise während des Gesetzgebungsverfahrens hat die Ampel ignoriert. Nachbesserungsbedarf hat sie schon vor Wochen eingeräumt, aber in der Sommerpause trotzdem nicht gehandelt. Ob, wann und wie die Ampel ihre Nachbesserungen umsetzt und inwiefern sich dies auf den geplanten Umlagebeginn zum 1. Oktober 2022 auswirkt, ist unklar. Die Bundesregierung macht beim Einkauf von Flüssiggas auch keine Fortschritte. Entgegen vorheriger Ankündigungen konnten weder in Katar noch in Norwegen oder Kanada absehbare Lieferungen gesichert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



"Jede Kilowattstunde zählt" - unter diesem Motto gibt Robert Habeck Dusch-Empfehlungen. Nur für ihn und seine Partei zählt das nicht: 4.000.000 Kilowatt Leistung sollen mitten in der Krise vom Netz während Verbraucher und Wirtschaft

unter Höchstpreisen leiden. Die Ampel-Koalition hat sich wieder nicht zu einer Verlängerung der Laufzeiten für die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke durchringen können. Sie gibt weder ein Bekenntnis zur stärkeren Nutzung von Biogas noch zum wieder erforderlichen Hochfahren bereits abgeschalteter Kohlekraftwerke. Ohne eine Steigerung der Energie-Angebotsseite werden die Preise spürbar hoch bleiben. Unseren Vorschlag eines Basis-Bürgertarifs beim Gas greift die Koalition nicht auf, sondern delegiert lediglich einen Prüfauftrag an eine erst noch einzuberufende Expertenkommission. Hier sind keine zeitnahen Entlastungen zu erwarten.

Bundeswirtschaftsminister Habeck ignoriert dazu auch noch völlig die sich abzeichnende Insolvenzwelle unter mittelständischen Unternehmen, denn die bringen die hohen Energiepreise in eine unverschuldete Notlage. Vielleicht ignoriert er diese Gefahr auch, weil er anscheinend nicht verstanden hat, dass Unternehmen, die nicht produzieren und ihren Betrieb einstellen zwingend insolvent werden. Deutschland braucht jetzt dringend ein ordentlich gemachtes Entlastungspaket, mit Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für mittelständische Unternehmen, die der gegenwärtigen Krisenlage auch gerecht werden. Die Ampel-Koalition riskiert aus reinen ideologischen Gründen im Winter leichtfertig Blackouts, die unbedingt verhindert werden müssen. Mit den fatalen Entscheidungen des Wirtschaftsministers ist jetzt klar: jede Stunde Stromausfall in diesem Winter geht zu 100 % auf das politische Konto dieser Ampel-Regierung. Sie setzt mit ihrer chaotischen Politik die Bürger und Unternehmen einem realen Stresstest aus. Das ist unverantwortlich. Kanzler und Minister brechen damit ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund!
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



Ampel bei Inklusion weiter ambitionslos

Haushaltsplan geht über gute Ansätze zur Förderung von Teilhabe nicht hinaus

Zu den Beratungen des Bundeshaushalts 2023 und den im Haushaltsplan vorgesehenen Mitteln der Inklusion von Menschen mit Behinderungen erklärt der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Wilfried Oellers:

„Die Ampel-Parteien sind mit großen Ambitionen gestartet: An vielen Stellen im Koalitionsvertrag werden Ziele zur Behinderten- und Teilhabepolitik formuliert. Doch Papier ist bekanntermaßen geduldig. Nach knapp einem Jahr blicken wir im Bereich Inklusion immer noch auf ein leeres Blatt. Behindertenpolitische Initiativen der Ampel-Regierung lassen weiter auf sich warten.

Auch der Haushaltsplan für 2023 weckt keine Hoffnung. Positiv stimmt eigentlich nur der von uns als CDU/CSU geforderte Stellenaufwuchs bei der Bundesfachstelle Barrierefreiheit und Überwachungsstelle barrierefreie IT.

Der Haushaltsplanentwurf bleibt in Sachen Inklusion ambitionslos: Für das im Koalitionsvertrag angekündigte ‚Bundesprogramm Barrierefreiheit‘ sind keine Mittel enthalten. Menschen, die ihre Wohnung barrierefrei umbauen wollen, wird durch den geringen Mittelansatz im KfW-Förderprogramm ‚Altersgerecht umbauen‘ im aktuellen Haushaltsentwurf die Tür vor der Nase zugeschlagen. Anbieter von Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen wie Werkstätten warten in der aktuellen Krise auf Entlastungen.“

Foto: Frank Thelen

Für eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen und Deutschland



Auf ihrer zweitägigen Klausurtagung in Bergisch-Gladbach hat sich die CDU-Landesgruppe NRW mit den Folgen des Ukrainekrieges und hier vor allem mit den drastisch gestiegenen Energiepreisen beschäftigt.

Dazu hat die Landesgruppe auch ein Gespräch mit dem NRW-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst geführt. In einem Positionspapier fordern sie von der Bundesregierung schnelle und handwerklich saubere Entlastungen für Wirtschaft und Privatverbraucher.

Anstatt der schon jetzt gescheiterten Gasumlage fordern die CDU-Landesgruppe NRW zielgerichtete Unterstützungen analog der Coronahilfen. Auch müssen neue Technologien wie Wasserstoff vorangetrieben werden, dazu haben sich die Bundestagsabgeordneten aus NRW einen Wasserstoffbus vor Ort angesehen.

Unsere Priorität als CDU-Landesgruppe NRW ist es, dass im Industrieland Nordrhein-Westfalen die Energieversorgung für Bürger und Wirtschaft an allen Tagen, bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit zuverlässig, sicher und bezahlbar ist. Klimaneutralität ist dabei das Ziel. Heimatenergien und Handelsvielfalt, marktwirtschaftliche Vernunft und Technologieoffenheit, Effizienz und Innovation – das sind dafür unsere Grundpfeiler.

Wir stehen dafür, dass alle Optionen und Potentiale für eine zuverlässige und sichere Energieversorgung ideologiefrei genutzt werden. Es braucht deswegen eine nachvollziehbare und klar kommunizierte Priorisierung für den Fall einer Gasmangellage. Beim Thema Energiesparen muss die Bundesregierung einen verlässlichen Rahmen für alle öffentlichen und privaten Bereiche schaffen und sich dazu mit Ländern und Kommunen abstimmen.

Das gesamte Positionspapier können Sie hier abrufen:

[Positionspapier Energieversorgung NRW \(cdu-landesgruppe-nrw.de\)](https://www.cdu-landesgruppe-nrw.de/Positionspapier-Energieversorgung-NRW)

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2022,
09. September 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck